

**BELGISCHE SENAAT****SÉNAT DE BELGIQUE**


---

**ZITTING 2015-2016**


---



---

**SESSION DE 2015-2016**


---



---

21 APRIL 2016

---



---

21 AVRIL 2016

---

**Resolutionsvorschlag an die föderale Regierung zur Förderung der Deutschen Sprache****(Eingereicht von Herr Alexander Miesen)****Voorstel van resolutie aan de federale regering ter bevordering van de Duitse taal****Proposition de résolution visant à promouvoir la langue allemande****(ingediend door de heer Alexander Miesen)****(déposée par M. Alexander Miesen)****BEGRÜNDUNG**

Aus Artikel 2 der Verfassung geht hervor, dass die Deutschsprachige Gemeinschaft eine vollwertige Gemeinschaft ist, die die gleichen Rechte besitzt wie die Einwohner der beiden anderen Gemeinschaften.

Aus Artikel 4 der Verfassung geht hervor, dass Belgien neben dem niederländischen, dem französischen und dem zweisprachigen Gebiet Brüssel-Hauptstadt ebenfalls aus einem deutschen Sprachgebiet besteht.

In Belgien gibt es drei Landessprachen und trotzdem müssen wir feststellen, dass die deutsche Sprache im Vergleich zu den beiden anderen Landessprachen eine Sonderstellung einnimmt. Der deutschen Sprache wird oftmals nicht dieselbe Bedeutung zuteil wie den beiden anderen Landessprachen. Ein Beispiel hierfür ist, dass die Amtssprachen am Kassationshof prinzipiell nur Französisch und Niederländisch sind.

Dabei ist die Sprachenvielfalt grundlegend und wird überdies durch zahlreiche internationale Urkunden, an denen Belgien beteiligt ist, sichtbar bestätigt.

Durch den vorliegenden Resolutionsvorschlag soll der Gebrauch des Deutschen in Belgien, insbesondere bei den öffentlichen Einrichtungen, verbessert werden.

Zwar wurden in den letzten Jahren durch das wegweisende Urteil 59/94 des Schiedshofs vom 14. Juli 1994 sowie durch die sogenannten Collas-Gesetze vom 21. April 2007 Fortschritte erzielt ; wir stellen jedoch fest, dass weiterhin Handlungsbedarf besteht.

So geht aus dem vorbezeichneten Urteil des Schiedshofs hervor, dass für alle nach dem 1. Januar 1989 verabschiedeten föderalen Gesetze und Verordnungstexte eine deutsche Übersetzung in angemessener Frist erfolgen

muss. Für vor dem 1. Januar 1989 verabschiedete Regeltexte gilt dem Urteil zufolge, dass der Rückstand progressiv und unter Berücksichtigung der Bedeutung der Regeltexte aufgearbeitet werden muss. Trotz festzustellender positiver Entwicklungen erfolgt die Übersetzung der Gesetzestexte bis heute nicht systematisch ; auch der Übersetzungsrückstand konnte noch nicht maßgeblich abgebaut werden.

Weiterer Handlungsbedarf besteht z. B. bei vielen Webseiten der verschiedenen Föderalen Öffentlichen Dienste (FÖD), die keine oder nur wenige Informationen in deutscher Sprache bieten. Dieselbe Feststellung gilt für die Webseiten der öffentlichen Einrichtungen, die einem Föderalminister unterstehen.

So ist auf dem Internetportal [belgium.be](http://belgium.be) zu lesen : « Die Rubriken des Portals [Belgium.be](http://belgium.be) sowie des Großteils der offiziellen Websites des Föderalstaates, der Gemeinschaften und Regionen wurden noch nicht in vollem Umfang auch in deutscher Sprache erstellt. Daher laden wir Sie ein, für die Suche aller offiziellen Informationen und Dienste zu diesem Thema auch die französisch- oder niederländischsprachige Version dieser Rubrik zu konsultieren. »

Z. B. sind auf dem Internetportal des FÖD Volksgesundheit (<http://health.belgium.be/>) oder auf der Seite der Föderalagentur für die Sicherheit der Nahrungsmittelkette FASNK (<http://www.fasnk.be>) zwar die Grundinformationen auf Deutsch enthalten, viele weiterführende Links, etwa zu aktuellen Informationen, sind aber nur in den beiden anderen Landessprachen abrufbar. Einige Seiten bieten sogar mehr Informationen in englischer als in deutscher Sprache.

Zu bedauern ist ebenfalls, dass nicht nur die Internetseite der Rekrutierungsagentur Selor nicht auf Deutsch verfügbar ist, sondern auch, dass die deutsche Sprache in den Rekrutierungsverfahren für den öffentlichen Dienst oftmals nicht als zusätzlicher Trumpf für die Bewerber angegeben ist.

Ebenso erhalten die Bürger des Gebiets deutscher Sprache viel Korrespondenz seitens öffentlicher Behörden bzw. gemäß Artikel 1 § 1 Nummer 2 der koordinierten Gesetze vom 18. Juli 1966 über den Sprachengebrauch in Verwaltungsangelegenheiten tätiger natürlicher oder juristischer Personen, die nicht in Deutsch verfasst ist. Bei vielen automatisierten Versandverfahren fehlt es vermutlich an den entsprechenden EDV-Anwendungen, die die deutsche Sprache berücksichtigen. Gleiches gilt für Anweisungen, die den der deutschen Sprachrolle angehörenden oder für das deutsche Sprachgebiet zuständigen Mitarbeitern der öffentlichen Dienste und Dienststellen seitens der öffentlichen Behörden erteilt werden.

Alexander MIESEN.

## RESOLUTIONSVORSCHLAG

---

Der Senat,

A. auf Grundlage der Artikel 2 und 4 der belgischen Verfassung ;

B. auf Grundlage des Gesetzes vom 31. Mai 1961 über den Sprachengebrauch in Gesetzgebungsangelegenheiten, die Gestaltung, die Veröffentlichung und das Inkrafttreten von Gesetzes- und Verordnungstexten ;

C. auf Grundlage der koordinierten Gesetze vom 18. Juli 1966 über den Sprachengebrauch in Verwaltungsangelegenheiten ;

D. auf Grundlage des Übereinkommens über den Schutz und die Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen vom 20. Oktober 2005 ;

E. auf Grundlage des Artikels 22 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union über die Vielfalt der Sprachen ;

F. auf Grundlage des Artikels 2 des Vertrags über die Europäische Union ;

G. in Erwägung, dass die Verfassung Belgiens in einer authentischen deutschen Fassung verabschiedet wurde und ein Gebiet deutscher Sprache verankert, wodurch unser Land zu den deutschsprachigen Ländern Europas gehört ;

H. in Erwägung, dass Deutsch eine der drei Landes- und Amtssprachen Belgiens ist ;

I. in Erwägung, dass die Achtung der Sprachenvielfalt einer der demokratischen Grundsätze der Europäischen Union ist ;

J. in Erwägung, dass die Sprachenvielfalt ein grundlegender Bestandteil der kulturellen Vielfalt ist ;

K. in Erwägung, dass die Sprache als identitätsstiftender Faktor und Ausdruck des Reichtums jeden Volkes eines der wichtigsten Mittel für die Verbreitung der Kultur ist ;

L. in Erwägung, dass es von grundlegender Bedeutung ist, dass Belgien seine sprachliche und kulturelle Vielfalt wahrt ;

M. in Erwägung, dass Sprachen eine integrierende Rolle im sozialen, wirtschaftlichen und politischen Bereich spielen ;

N. in Erwägung, dass der Gebrauch der deutschen Sprache in Belgien in allen öffentlichen Einrichtungen verbessert werden muss ;

O. in Erwägung, dass das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft in seiner Plenarsitzung vom 22. Februar 2016 einstimmig eine Resolution zur Förderung der deutschen Sprache verabschiedet hat,

Fordert die Föderalregierung auf :

1. das Spracherbe Belgiens durch die Unterstützung des Gebrauchs und der Verbreitung aller Amtssprachen zu schützen ;

2. die sprachliche Vielfalt auf allen Ebenen zu fördern bzw. zu verbessern ;

3. das Erlernen der deutschen Sprache zu fördern bzw. zu verbessern ;

4. den Gebrauch der deutschen Sprache bei ihren öffentlichen Einrichtungen zu schützen und zu verbessern ;
5. dafür Sorge zu tragen, dass alle Einrichtungen, die dem Föderalstaat unterstehen, Informationen an die Bevölkerung oder Anweisungen an die der deutschen Sprachrolle angehörenden oder für das deutsche Sprachgebiet zuständigen Mitarbeiter der öffentlichen Dienste und Dienststellen auch in deutscher Sprache zur Verfügung stellen ;
6. darauf zu achten, dass bei der Entwicklung von EDV-Anwendungen, etwa für einen automatisierten Briefversand, die deutsche Sprache berücksichtigt wird ;
7. die Kenntnis des Deutschen als Landes- und Amtssprache bei Auswahlverfahren zu berücksichtigen ;
8. dafür Sorge zu tragen, dass die gemäß dem Urteil 59/94 des Schiedshofs vom 14. Juli 1994 sowie dem Gesetz vom 21. April 2007 zur Regelung der Veröffentlichung in deutscher Sprache der Gesetze, der Königlichen Erlasse und der Ministeriellen Erlasse föderalen Ursprungs und zur Abänderung des Gesetzes vom 31. Mai 1961 über den Sprachengebrauch in Gesetzgebungsangelegenheiten, die Gestaltung, die Veröffentlichung und das Inkrafttreten von Gesetzes- und Verordnungstexten, der am 18. Juli 1966 koordinierten Gesetze über den Sprachengebrauch in Verwaltungsangelegenheiten und des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft zu leistenden Übersetzungen zügig erstellt und veröffentlicht werden.

14, April 2016.

Alexander MIESEN.

## TOELICHTING

Uit artikel 2 van de Grondwet blijkt dat de Duitstalige Gemeenschap een volwaardige gemeenschap is die dezelfde rechten bezit als de inwoners van de twee andere Gemeenschappen.

Uit artikel 4 van de Grondwet blijkt dat België niet alleen uit een Nederlands taalgebied, een Frans taalgebied en een tweetalig gebied Brussel-Hoofdstad bestaat, maar ook uit een Duits taalgebied.

België telt drie landstalen en niettemin moeten we vaststellen dat de Duitse taal een bijzonder statuut geniet in vergelijking met de twee andere landstalen. De Duitse taal krijgt vaak niet hetzelfde belang toebedeeld als de twee andere landstalen. Zo zijn principieel enkel het Frans en het Nederlands de officiële talen bij het Hof van Cassatie.

Bovendien is de taaldiversiteit essentieel en wordt overigens bekrachtigd door vele internationale instrumenten waarbij België partij is.

Daarom strekt dit voorstel van resolutie ertoe het gebruik van het Duits in België, vooral bij de overheidsinstellingen, te verbeteren.

De laatste jaren werd weliswaar vooruitgang geboekt door het baanbrekende arrest 59/94 van het Arbitragehof van 14 juli 1994 en de zogenaamde Collas-wetten van 21 april 2007. Toch stellen we vast dat er nog verdere actie nodig is.

Uit het genoemde arrest van het Arbitragehof blijkt dat alle federale wetten en verordenende teksten die na 1 januari 1989 werden aangenomen, binnen een redelijke termijn naar het Duits moeten worden vertaald. Volgens het arrest moet voor de regelgevende teksten die vóór 1 januari 1989 werden aangenomen, de achterstand geleidelijk en naargelang van het belang van de regelgevende teksten worden weggewerkt. Ondanks de positieve ontwikkelingen die men in dat verband kan vaststellen, worden de wetteksten tot op heden niet systematisch vertaald; ook de vertaalachterstand kon nog niet resoluut worden afgebouwd.

Er zijn bijkomende maatregelen nodig, bijvoorbeeld voor heel wat websites van de federale overheidsdiensten (FOD), die weinig of geen informatie in het Duits aanbieden. Dezelfde vaststelling geldt voor de websites

## DÉVELOPPEMENTS

En vertu de l'article 2 de la Constitution, la Communauté germanophone constitue une Communauté à part entière dont les habitants jouissent des mêmes droits que ceux des deux autres Communautés du pays.

Il ressort de l'article 4 de la Constitution que la Belgique comprend non seulement une région de langue française, une région de langue néerlandaise et une région bilingue de Bruxelles-Capitale, mais également une région de langue allemande.

Si la Belgique compte trois langues nationales, force est néanmoins de constater que la langue allemande jouit d'un statut particulier par rapport aux deux autres langues nationales. La langue allemande ne se voit généralement pas accorder la même importance que les deux autres langues nationales. Par exemple, les langues officielles de la Cour de cassation sont, par principe, uniquement le français et le néerlandais.

La diversité linguistique est en outre essentielle et elle est d'ailleurs consacrée par de nombreux instruments internationaux auxquels la Belgique est partie.

La présente proposition de résolution vise dès lors à promouvoir l'utilisation de la langue allemande en Belgique, en particulier au sein des institutions publiques.

Des avancées ont certes été engrangées ces dernières années avec l'arrêt pionnier n° 59/94 de la Cour d'arbitrage du 14 juillet 1994 et avec les « lois Collas » du 21 avril 2007. Force est toutefois de constater que le chantier n'est pas terminé.

Il ressort de l'arrêt précité de la Cour d'arbitrage que tous les textes légaux et réglementaires fédéraux adoptés après le 1<sup>er</sup> janvier 1989 doivent être traduits en langue allemande dans un délai raisonnable. En ce qui concerne les textes antérieurs au 1<sup>er</sup> janvier 1989, l'arrêt prévoit que l'arriéré doit être résorbé progressivement et en fonction de leur importance. Malgré des évolutions positives indéniables, les textes de loi ne sont pas toujours traduits systématiquement et l'arriéré de traduction n'a pas encore pu être résorbé de manière significative.

Des mesures complémentaires s'imposent, notamment en ce qui concerne bon nombre de sites Internet des services publics fédéraux (SPF) qui ne proposent pas ou guère d'informations en langue allemande. Ce

van overheidsinstellingen waarvoor een federaal minister bevoegd is.

Zo staat op de Duitse versie van de portaalsite *belgium.be* te lezen (vertaling):

« De rubrieken van de portaalsite *belgium.be* alsook het merendeel van de officiële websites van de federale overheid, de Gemeenschappen en de Gewesten zijn nog niet volledig in het Duits beschikbaar. Daarom vragen wij u om voor het opzoeken van alle officiële informatie en diensten over dit thema ook de Frans- of Nederlandstalige versie van deze rubriek te raadplegen. »

Op de portaalsite van de FOD Volksgezondheid (<http://www.health.belgium.be>) of op de website van het Federaal Agentschap voor de veiligheid van de voedselketen (<http://www.fasnk.be>) bijvoorbeeld, staat weliswaar basisinformatie in het Duits, maar kunnen heel wat links, bijvoorbeeld naar actuele informatie, enkel in de beide andere landstalen worden opgevraagd. Sommige pagina's bieden zelfs meer informatie in het Engels dan in het Duits.

Ook is het betreurenswaardig dat niet alleen de website van het selectiebureau Selor niet in het Duits beschikbaar is, maar ook dat kennis van de Duitse taal in de selectieprocedures bij de overheid vaak niet wordt vermeld als een bijkomende troef voor de sollicitanten.

Ook ontvangen de burgers in het Duitse taalgebied veel briefwisseling van overheidsinstanties of van natuurlijke of rechtspersonen overeenkomstig artikel 1, § 1, 2°, van de gecoördineerde wetten van 18 juli 1966 op het gebruik van de talen in bestuurszaken, die niet in het Duits is opgesteld. Bij veel geautomatiseerde verzendingsprocedures ontbreken vermoedelijk de gepaste informaticatoepassingen die rekening houden met de Duitse taal. Hetzelfde geldt voor instructies vanwege de overheidsinstanties aan de medewerkers van de overheidsdiensten die behoren tot de Duitse taalrol of die bevoegd zijn voor het Duitse taalgebied.

Alexander MIESEN.

constat s'applique également aux sites des institutions publiques qui relèvent d'un ministre fédéral.

Ainsi peut-on lire ce qui suit dans la version allemande du portail *belgium.be* (traduction) :

« Les rubriques du portail *belgium.be* ainsi que la majeure partie des sites Internet officiels de l'État fédéral, des Communautés et des Régions ne sont pas encore entièrement disponibles en langue allemande. Pour retrouver toutes les informations et tous les services officiels concernant ce thème, nous vous invitons dès lors à consulter également la version française ou néerlandaise de cette rubrique. »

Sur le portail du SPF Santé publique (<http://health.belgium.be>) ou le site de l'Agence fédérale pour la sécurité de la chaîne alimentaire (AFSCA – <http://www.afsca.be>) par exemple, des informations de base sont disponibles en allemand, mais de nombreux liens, renvoyant par exemple à des informations actualisées, ne peuvent être consultés que dans les deux autres langues nationales. Certains sites sont même plus complets en anglais qu'en allemand.

Il est aussi à déplorer non seulement que le site Internet du bureau de sélection Selor ne soit pas disponible en langue allemande, mais aussi que la connaissance de l'allemand soit rarement considérée comme un atout pour les candidats dans le cadre des procédures de sélection au sein de l'administration.

Par ailleurs, les citoyens de la région de langue allemande reçoivent beaucoup de correspondance rédigée dans une autre langue que l'allemand, de la part d'instances publiques ou de la part de personnes physiques ou morales visées à l'article 1<sup>er</sup>, § 1<sup>er</sup>, 2°, des lois coordonnées du 18 juillet 1966 sur l'emploi des langues en matière administrative. Beaucoup de procédures d'envoi automatisé ne disposent sans doute pas des modules informatiques *ad hoc* pour tenir compte de la langue allemande. Il en va de même pour les instructions communiquées par les autorités publiques aux membres du personnel des services ou organismes publics qui appartiennent au rôle linguistique allemand ou qui sont compétents pour la région de langue allemande.

Alexander MIESEN.

**VOORSTEL VAN RESOLUTIE**

De Senaat,

A. gelet op artikel 2 en 4 van de Belgische Grondwet ;

B. gelet op de wet van 31 mei 1961 betreffende het gebruik der talen in wetgevingszaken, het opmaken, bekendmaken en inwerkingtreden van wetten en verordeningen ;

C. gelet op de gecoördineerde wetten van 18 juli 1966 op het gebruik van de talen in bestuurszaken ;

D. gelet op het Verdrag van 20 oktober 2005 inzake de bescherming en bevordering van de verscheidenheid van culturele uitdrukkingsvormen ;

E. gelet op artikel 22 van het Handvest van de grondrechten van de Europese Unie over de verscheidenheid van taal ;

F. gelet op artikel 2 van het Verdrag betreffende de Europese Unie ;

G. overwegende dat de Belgische Grondwet in een authentieke Duitse versie werd aangenomen en een Duitstalig gebied erkent, waardoor ons land tot de Duitstalige landen van Europa behoort ;

H. overwegende dat het Duits een van de drie officiële landstalen van België is ;

I. overwegende dat de inachtneming van de taaldiversiteit een van de democratische grondslagen van de Europese Unie is ;

J. overwegende dat de taaldiversiteit een essentiële component van de cultuurdiversiteit is ;

K. overwegende dat de taal, een factor in de identiteit en de uitdrukking van de rijkdom van elk volk, een van de belangrijkste middelen is voor het verspreiden van de cultuur ;

L. overwegende dat het van essentieel belang is dat België zijn cultuur- en taaldiversiteit in stand houdt ;

M. overwegende dat talen een integrerende rol spelen op sociaal, economisch en politiek gebied ;

**PROPOSITION DE RÉOLUTION**

Le Sénat,

A. vu les articles 2 et 4 de la Constitution belge ;

B. vu la loi du 31 mai 1961 relative à l'emploi des langues en matière législative, à la présentation, à la publication et à l'entrée en vigueur des textes légaux et réglementaires ;

C. vu les lois coordonnées du 18 juillet 1966 sur l'emploi des langues en matière administrative ;

D. vu la Convention du 20 octobre 2005 sur la protection et la promotion de la diversité des expressions culturelles ;

E. vu l'article 22 de la Charte des droits fondamentaux de l'Union européenne, relatif à la diversité des langues ;

F. vu l'article 2 du traité sur l'Union européenne ;

G. considérant que la Constitution belge a été adoptée dans une version allemande authentique et qu'elle consacre l'existence d'une région de langue allemande, ce qui vaut à notre pays de compter au nombre des États germanophones d'Europe ;

H. considérant que l'allemand est l'une des trois langues nationales et officielles de la Belgique ;

I. considérant que le respect de la diversité linguistique constitue l'un des fondements démocratiques de l'Union européenne ;

J. considérant que la diversité linguistique constitue une composante essentielle de la diversité culturelle ;

K. considérant que la langue, facteur d'identité et d'expression des richesses de chaque peuple, est un des principaux moyens de diffusion de la culture ;

L. considérant qu'il est essentiel que la Belgique préserve sa diversité linguistique et culturelle ;

M. considérant que les langues ont un rôle d'intégration sociale, économique et politique ;

N. overwegende dat het gebruik van het Duits in België bij alle overheidsinstellingen moet worden verbeterd ;

O. overwegende dat het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap in zijn plenaire vergadering van 22 februari 2016 unaniem een resolutie ter bevordering van de Duitse taal heeft aangenomen,

Vraagt de federale regering :

1. het taalpatrimonium van België te beschermen, door het gebruik en de verspreiding van alle officiële talen te ondersteunen ;

2. de taaldiversiteit op alle niveaus aan te moedigen of te verbeteren ;

3. de studie van het Duits te stimuleren of te verbeteren ;

4. het gebruik van de Duitse taal bij haar officiële instellingen te beschermen en te verbeteren ;

5. erop toe te zien dat alle instellingen waarvoor de federale overheid bevoegd is, ook Duitse informatie voor de bevolking of Duitse instructies voor de medewerkers van de overheidsdiensten die behoren tot de Duitse taalrol of die bevoegd zijn voor het Duitse taalgebied, ter beschikking stellen ;

6. erop toe te zien dat bij de ontwikkeling van informatietoepassingen, bijvoorbeeld voor de geautomatiseerde verzending van brieven, rekening wordt gehouden met de Duitse taal ;

7. rekening te houden met de kennis van het Duits als officiële landstaal bij selectieprocedures ;

N. considérant que la situation de l'allemand en Belgique doit être améliorée au sein de toutes les institutions publiques ;

O. considérant que le Parlement de la Communauté germanophone a adopté à l'unanimité, lors de sa séance plénière du 22 février 2016, une résolution visant à promouvoir la langue allemande,

Demande au gouvernement fédéral :

1. de sauvegarder le patrimoine linguistique de la Belgique, en soutenant l'usage et la diffusion de toutes les langues officielles ;

2. de promouvoir ou d'améliorer la diversité linguistique à tous les niveaux ;

3. de stimuler ou d'améliorer l'apprentissage de l'allemand ;

4. de protéger et de promouvoir l'utilisation de la langue allemande au sein de ses institutions officielles ;

5. de veiller à ce que toutes les institutions relevant du pouvoir fédéral mettent également à disposition en langue allemande les informations destinées à la population ou les instructions destinées aux membres du personnel des services et organismes publics qui appartiennent au rôle linguistique allemand ou qui sont compétents pour la région de langue allemande ;

6. de veiller à ce qu'il soit tenu compte de la langue allemande lors du développement d'applications informatiques, notamment dans le cadre de l'envoi automatisé de courriers ;

7. de valoriser la connaissance de l'allemand en tant que langue nationale et officielle dans le cadre des procédures de sélection ;

8. te zorgen voor een snelle uitvoering en publicatie van de vertalingen van de teksten overeenkomstig arrest 59/94 van het Arbitragehof van 14 juli 1994 en de wet van 21 april 2007 tot regeling van de bekendmaking in het Duits van de wetten en de koninklijke en ministeriële besluiten afkomstig van de federale overheid en tot wijziging van de wet van 31 mei 1961 betreffende het gebruik der talen in wetgevingszaken, het opmaken, bekendmaken en inwerkingtreden van wetten en verordeningen, van de wetten op het gebruik van de talen in bestuurszaken, gecoördineerd op 18 juli 1966, alsook van de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap.

14 april 2016.

Alexander MIESEN.

8. de veiller à la réalisation et à la publication rapides des traductions qui doivent être établies conformément à l'arrêt n° 59/94 de la Cour d'arbitrage du 14 juillet 1994 et à la loi du 21 avril 2007 réglant la publication en langue allemande des lois et arrêtés royaux et ministériels d'origine fédérale et modifiant la loi du 31 mai 1961 relative à l'emploi des langues en matière législative, à la présentation, à la publication et à l'entrée en vigueur des textes légaux et réglementaires, les lois sur l'emploi des langues en matière administrative, coordonnées le 18 juillet 1966, ainsi que la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone.

14 avril 2016

Alexander MIESEN.